

Daewoo-Electronics bereits in Shenyang (Provinz Liaoning) Kassetten auf OEM-Basis für den koreanischen Binnenmarkt her und beabsichtigt, die Audio-Produktion zukünftig auszuweiten. (NfA, 17.5.93)

Ende April d.J. fanden in Seoul die ersten offiziellen Gespräche über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und der VR China statt. Die Durchführung solcher bilateraler Gespräche ist Teil der Vereinbarungen vom Vorjahr über den institutionellen Rahmen einer verstärkten Kooperation. (ASWJ, 27.4.93) Um die Wettbewerbssituation koreanischer Unternehmen bei Großprojekten in China zu verbessern, hat die Regierung Südkoreas nunmehr beschlossen, ebenfalls öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe von 100 Mio.US\$ zu gewähren. Die Mittel werden aus dem Korea Economic Development and Cooperation Fund bereitgestellt und als zweckgebundene Kredite zur Finanzierung von Projekten in China verwendet. Damit reagiert Korea auf die Ausweitung öffentlicher Kredite zu Vorzugskonditionen durch andere Länder, vor allem durch Japan. Auch westliche Staaten hätten diese Kredite zur Mitfinanzierung von Infrastrukturprojekten verstärkt eingesetzt. (NfA, 27.5.93) -schü-

## Binnenwirtschaft

\*(28)

### Maßnahmen gegen Inflation

Zum 15.5.93 hat die Zentralbank die Spar- und Kreditzinsen erhöht, um die Inflation abzubremsen. Die Sparzinsen auf Bankeinlagen wurden um durchschnittlich 1,19% auf 8,08% und die Kreditzinsen um durchschnittlich 0,82% auf 9,36% angehoben. (AWSJ, 17.5.93)

Die jährliche Zinsrate auf Sichteinlagen privater und institutioneller Sparer steigt von 1,8% auf 2,16%. Die Zinsrate für Termineinlagen wird um durchschnittlich 2,18% angehoben. Im einzelnen findet folgende Erhöhung der Zinsraten für Termineinlagen statt:

### Neue Zinssätze für Bankeinlagen

Zeitliche Befristung der Einlage	Derzeitiger Zinssatz (%)	Neuer Zinssatz (%)
3 Monate	3,24	4,86
6 Monate	5,40	7,20
1 Jahr	7,56	9,18
2 Jahre	7,92	9,90
3 Jahre	8,28	10,80
5 Jahre	9,00	12,06
8 Jahre	10,08	14,58

Quelle: *Jingji Ribao*, 15.5.93, S.1.

Die Erhöhung der Kreditzinsen schlägt sich in einer Anhebung der Jahreszinsen für die Aufnahme von Krediten für Betriebskapital von derzeit 8,64% auf 9,36% nieder. Bei Krediten für die technologische Umgestaltung steigen die Jahreszinsen von 8,46% auf 9,18%, und auch bei Krediten für Investbauprojekte gibt es jeweils unterschiedliche Zinssätze (keine näheren Angaben hierzu).

Die relativ geringe Anhebung der Kreditzinsen wird damit begründet, daß eine zu starke Belastung der Unternehmen vermieden werden soll. Vorzugsbedingungen werden weiterhin bei Investbaukrediten in den 13 wichtigsten Investbaubereichen wie Rohstoffe, Transport, etc. sowie bei Krediten für den Ankauf von Getreide, Baumwolle, Speiseöl und Exportprodukten gelten. (JJRB, 15.5.93)

Anfang Mai wurden gleichzeitig die Nominalzinssätze auf Staatsanleihen erhöht. Für diese Anleihen mit einer dreijährigen Laufzeit gilt nunmehr ein Zinssatz von 12,52% (vormals 10%) und für solche mit einer fünfjährigen Laufzeit 14,06% (vormals 11%). (NZZ, 18.5.93) -schü-

\*(29)

### Drastischer Anstieg des Einzelhandelsumsatzes und Rückgang der Spareinlagen

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Inflation sind die Spareinlagen bei den Banken im März d.J. um 4,48 Mrd.Yuan gesunken. Da die Geldentwertung doppelt so hoch war wie die Sparzinsen, wurde verstärkt das Ersparnis an private oder staatliche Fir-

men zu einem Zinssatz bis zu 20% verliehen, durch Schwarzmarktkäufe in Devisen angelegt oder zum Kauf hochwertiger Güter und Goldschmuck verwandt. (NZZ, 18.5.93) Die Lebenshaltungskosten in den 35 großen Städten stiegen im April um 17% gegenüber dem Vorjahresmonat. Dies ist die größte Zunahme seit 1988. (ASWJ, 18.5.93)

Im April d.J. stieg der Einzelhandelsumsatz um 25,4% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich zum März d.J. erhöhte sich der Umsatz um 6,9%. Nach Einschätzung der Staatlichen Planungskommission wird für das gesamte Jahr mit einer Zunahme um 20% gerechnet. (CD, 5.6.93) -schü-

\*(30)

### Mindestlöhne für Chinas Arbeiter

Wie die *China Daily* am 10.5.1993 berichtet, wird das Arbeitsministerium dem Staatsrat in Kürze einen Entwurf über die Festlegung von Mindestlöhnen für Arbeiter als Teil geplanter gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Arbeitskräfte vorlegen. Diese Ankündigung erfolgte auf einer viertägigen Tagung in Beijing zu Fragen der Reform des Arbeits- und Lohnsystems sowie zur sozialen Absicherung in den Unternehmen.

Einige Regionen mit einem relativ hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau sollen bereits eigene Bestimmungen über Mindestlöhne erlassen haben. In der Sonderwirtschaftszone Zhuhai, Provinz Guangdong, wurde die Höhe der Mindestlöhne beispielsweise auf monatlich 350 Yuan festgelegt. Ob es einen landesweit einheitlichen Mindestlohn geben und welche Höhe dieser aufweisen wird, wurde noch nicht bekannt.

Die Juli 1992 erlassenen Bestimmungen des Staatsrates erlauben den Staatsunternehmen, die Höhe der Löhne selbst zu bestimmen. Damit soll die Praxis der egalitären Verteilung aufgehoben und die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Nach Einschätzung von Zhu Jiazhen, stellvertretender Arbeitsminister, wird diese Reform zu einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten führen. Die Höhe der Löhne von 41 Millionen Arbeitskräften in den staatseigenen Betrieben, mehr als die

Hälfte der dortigen Gesamtbeschäftigten, soll bereits in Abhängigkeit von ihrer Arbeitsleistung festgelegt werden. Für weitere 11,2 Millionen Arbeitskräfte in 2.400 Staatsunternehmen erfolge die Entlohnung aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer Position im Betrieb. -schü-

\*(31)

#### "China im Goldrausch"

Nach einer Studie des Londoner Instituts Gold Fields Mineral Services (GFMS) stieg China 1992 weltweit zum größten Goldkonsumenten auf. Nach Schätzungen von GFMS überstiegen im letzten Jahr die privaten Goldkäufe 350 t und lagen damit über dem Niveau des von allen US-amerikanischen Goldminen produzierten Outputs. GFMS geht auch davon aus, daß die chinesische Zentralbank mit wahrscheinlich 250 t den größten Anteil der von der niederländischen Zentralbank Ende 1992 angebotenen Goldmenge von 400 t aufgekauft hat.

In ihrem Bericht weist die GFMS darauf hin, daß private Goldschmuckkäufe, die sich in der Vergangenheit im wesentlichen auf die südlichen Provinzen beschränkt hätten, nunmehr auch in Shanghai und Beijing verbreitet wären. Ursächlich für diese Entwicklung sei die seit Ende 1992 steigende Inflation, die ähnlich wie 1988 zu einer starken Nachfragesteigerung nach Gold geführt habe. Derzeit liege der Schwarzmarktpreis für Gold in China, abhängig von dem zugrundegelegten Wechselkurs, bei 550-600 US\$ pro Feinunze und damit um rd. 200 US\$ über dem Weltmarktpreis.

Aufgrund der chinesischen Käufe von Goldbarren und Schmuck stieg der weltweite Fabrikationsbedarf um 15% auf 2.461 t im letzten Jahr. Die Nachfragesteigerung Chinas habe den befürchteten starken Einbruch der Goldpreise auf dem Weltmarkt verhindert. Allerdings sank trotz der erhöhten Nachfrage der Weltgoldpreis 1992 um durchschnittlich 5% auf 343,95 US\$ pro Feinunze aufgrund hoher Goldverkäufe von Notenbanken und anderen offiziellen Stellen. (HB, 11.5.93)

Die SCMP vom 11.5.93 berichtet über die starke Nachfrage privater Konsumenten nach Goldschmuck, die jedoch wegen des stark kontrollierten Gold-

schmuck-Einzelhandels nur schwer zu befriedigen sei. So müßten Goldeinzelhändler und -verarbeitungsunternehmen den Rohstoff bei der Zentralbank kaufen, und nur staatliche Unternehmen verfügten über eine Einzelhandelslizenz für Goldschmuck. Hongkonger Einzelhändler und -verarbeitungsunternehmen hätten nur die Alternative, mit diesen staatlichen Stellen Joint Ventures einzugehen und auf diese Weise die erforderlichen Genehmigungen zu erhalten. Viele Hongkonger Goldschmuck-Einzelhändler eröffneten auch lediglich Ausstellungsräume auf dem Festland. Da sie nicht direkt den ausgestellten Goldschmuck verkaufen könnten, würden die Bestimmungen dadurch umgangen, daß gegen Renminbi Wertcoupons ausgestellt würden, die zum Kauf von Goldschmuck in Hongkong berechtigten. In den 18 Einzelhandelsgeschäften von Chow Sang Sang Holdings in Hongkong stieg der Anteil der Goldverkäufe an Kunden vom Festland beispielsweise auf 40%.

Die private Nachfrageerhöhung nach Goldschmuck als Wertanlage führte dazu, daß auch in den nordöstlichen Provinzen immer mehr Juweliergeschäfte entstanden sind. Nach Angaben in XNA vom 15.5.93 gab es in der Stadt Changchun (Hauptstadt der Provinz Jilin) 1984 lediglich ein Juweliergeschäft - inzwischen jedoch schon 60. Weitere 20 Unternehmen hätten einen Lizenzantrag bei der Regierung gestellt. Auch in Shenyang (Hauptstadt der Provinz Liaoning) sei die Zahl der Juweliergeschäfte in den letzten Jahren auf über 100 gestiegen.

Während die inländische Goldnachfrage in den letzten Monaten erheblich stieg, berichtet die *China Daily* für das 1.Quartal 1993 von einem erstmaligen Rückgang der Goldproduktion seit 10 Jahren. Über die Höhe der Goldproduktion und den Umfang des Produktionseinbruchs liegen keine näheren Daten vor, da die Regierung solche generell nicht veröffentlicht. Als problematisch für die Goldminen wird die Ablieferung ihres Outputs unter Marktpreisniveau an den Staat angesehen, während sie notwendige Inputs wie Brennstoffe und Energie zu Marktpreisen kaufen müßten. Als Folge dieser Entwicklung würden viele Goldminen Verluste machen und seien gezwungen, Nebengeschäfte zu tätigen.

Manche Unternehmen würden auch durch niedrigere Outputmeldungen das staatliche Monopol umgehen und einen Teil der Goldproduktion direkt auf dem Markt anbieten. Um Anreize für eine höhere Goldproduktion zu setzen, sei entweder eine Erhöhung des staatlichen Ankaufspreises notwendig oder eine Umstellung der Goldindustrie auf den Markt. (SCMP, 10.5.93)

Nach Angaben der ASWJ vom 3.6.93 ist inzwischen der staatliche Goldankaufspreis erhöht worden. So stieg dieser Preis von 48 Yuan/g auf nunmehr 51,2 Yuan. Dieser Preis wird für 85% der Goldankäufe der Zentralbank an die Produzenten gezahlt. Der staatliche Ankaufspreis für hochwertiges für die Schmuckverarbeitung genutztes Gold beträgt 96 Yuan/g und für in der industriellen Produktion eingesetztes Gold 80-80,8 Yuan/g. Eine Liberalisierung des Goldmarktes scheint derzeit nicht in Sicht, da die Zentralbank gleichzeitig mit der Erhöhung der Ankaufspreise ihre Monopolstellung beim An- und Verkauf erneut betont hat. -schü-

\*(32)

#### Entwicklung von Terminmärkten soll stärker kontrolliert werden

Ende April d.J. wurden die "Vorläufigen Bestimmungen über die Registrierung und das Management von Termin-Brokerfirmen" von der staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung veröffentlicht. Die Bestimmungen enthalten 17 Artikel mit speziellen Regeln über die Gründung, die Eintragung und das Geschäftsverhalten der Brokerhäuser.

So sollen die Brokerfirmen beispielsweise ein Grundkapital von wenigstens 20 Mio.Yuan, die notwendige technische Ausstattung sowie eine Zahl von mindestens 20 ganztägig beschäftigten Maklern aufweisen. Den Brokerhäusern ist es untersagt, private Absprachen zu treffen, falsche Informationen zu verbreiten, das Kundenkapital für zweckfremde Aktivitäten einzusetzen oder mit Kunden eine Gewinn- und Risikobeteiligung einzugehen. Bei Verstößen gegen diese Bestimmungen werden entsprechend der Schwere der Verstöße Verwarnungen ausgesprochen, Geldstrafen verhängt und der illegal erworbene Gewinn oder die Geschäftslizenz entzogen.

Liu Minxue, Direktor der staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung, wies darauf hin, daß Terminmärkte als fortgeschrittene Marktform die Funktion haben, Risiken zu minimieren, Preise vorhersehbar zu machen, Angebot und Nachfrage zu regulieren und die Wirtschaft zu stabilisieren. Aufgrund dieser Funktionen spielten Terminmärkte eine unersetzbare Rolle für die Entwicklung des Marktes in China. Andererseits sei der Terminhandel auch durch ein hohes Risiko und Spekulation charakterisiert, und Termin-Maklerhäuser könnten wirtschaftliche und soziale Probleme hervorrufen, wenn sie nicht strikten Verhaltensstandards unterworfen würden. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 28.4.93, in: SWB, 11.5.93)

Liu Minxue kündigte an, daß die mehr als 50 bestehenden Termin-Maklerhäuser und Beratungsfirmen sowie die rd. 300 Unternehmen, die im Terminhandel aktiv sind, nach den aufgestellten Kriterien innerhalb der nächsten drei Monate überprüft werden. (AWSJ, 3.5.93) Auf einem Seminar zu Fragen der Entwicklung von Terminmärkten in Guangzhou erklärte Liu Junying von der staatlichen Reformkommission, daß voraussichtlich ausländische Makler nicht an den Terminmärkten zugelassen werden sollen; Brokerhäuser aus Hongkong würden davon ausgenommen. Die Teilnahme ausländischer Makler würde nach Einschätzung der Reformkommission zu große Wettbewerbsnachteile für inländische Broker mit sich bringen. (SCMP, 7.5.93)

In den letzten Jahren wurden mehr als 20 Terminmärkte gegründet, zu denen der Getreideterminmarkt in Zhengzhou, die NE-Metallbörse in Shenzhen, die Shanghai Metallbörse, die Warenterminbörse in Suzhou sowie der Warenterminmarkt für Getreide und Speiseöl in Shanghai zählen. Auch wichtige Industriebranchen wie Kohle, Chemie und Erdöl haben Großhandelsmärkte gegründet, die mit den Mechanismen des Terminhandels arbeiten. In einem Artikel in der *Jingji Ribao* vom 19.4.93 hatte Gao Shangquan, stellvertretender Minister der Staatlichen Reformkommission, auf einige Probleme bei der Entwicklung der Terminmärkte hingewiesen.

Als problematisch sieht Gao das unzureichende Wissen über die Funktionsprinzipien des Terminmarktes an. So

hätten einige Lokalverwaltungen zwar mit großer Energie den Aufbau von Terminmärkten gefördert, doch Terminkontrakte (mit Festlegung der späteren Lieferung einer bestimmten Menge eines spezifizierten Gutes zu einem festgelegten Preis) mit Spot-Geschäften (Kassageschäften) verwechselt. Dringend notwendig wäre deshalb gut ausgebildetes Personal, das sich im Terminhandel auskenne. Weiterhin seien Preissystem und Märkte unvollkommen. So würden zwischen verschiedenen Abteilungen und Regionen Barrieren bestehen und das zweigleisige Preissystem Friktionen verursachen. Da es kein einheitliches nationales Kontrollorgan und keine einheitlichen Gesetze und Bestimmungen für den Terminhandel gebe, erschwere dies die Gesamtplanung für die Entwicklung von Terminmärkten und die Verbesserung ihres Managements.

Gao Shangquan machte den Vorschlag, die Aufgaben der bestehenden Aufsichtsbehörde für die Wertpapierbörsen (National Securities Administration Committee) auf die Überwachung der Terminmärkte auszuweiten und in eine Aufsichtsbehörde für Termingeschäfte und Wertpapiere (National Futures and Securities Administration Committee) umzuwandeln. Innerhalb dieser neuen Aufsichtsbehörde müßte ein spezielles Komitee zur Kontrolle des Terminmarktes gebildet werden. (*Jingji Ribao*, 19.4.93, in: SWB, 11.5.93) -schü-

\*(33)

**3000 Unternehmen als größte Umweltverschmutzer auf der "schwarzen Liste"**

Das staatliche Umweltamt veröffentlichte eine Liste mit Namen von 3000 Unternehmen, die den Hauptanteil der Umweltverschmutzung verursachen. Nach Angaben von Wang Yangzu, stellvertretender Direktor des Umweltamtes, rufen diese Unternehmen, die lediglich 3% der Gesamtzahl der Betriebe ausmachten, 60% der industriellen Verschmutzung hervor. Könnten die von diesen Unternehmen ausgehenden Umweltprobleme unter Kontrolle gebracht werden, hätte dies einen positiven Einfluß für die gesamte Umweltsituation in China.

Zu den Unternehmen, die auf der "schwarzen Liste" stehen, zählen u.a. das Eisen- und Stahlwerk Anshan und

das Aluminiumwerk Fushun (beide Provinz Liaoning), Petrochemiewerke am Yangtze, in Daqing, Nanjing und Shanghai sowie das Kraftwerk in Xuzhou. (XNA, 26.5.93) Welche Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltverschmutzung durch diese Betriebe geplant sind, wurde von Wang Yangzu nicht erwähnt.

Aus der Provinz Liaoning, die zu den Provinzen mit dem größten Anteil der Schwerindustrie und hoher Industrieverschmutzung zählt, werden erste Erfolge bei der Verbesserung der Umweltbedingungen gemeldet. So hätte trotz der Erhöhung des Industrieoutputs in den letzten Jahren aufgrund verstärkter Anstrengungen in der Umweltpolitik eine Verschlechterung der ökologischen Bedingungen vermieden werden können.

Die für Umweltverbesserungen eingesetzten Mittel sollen sich auf 1,5 Mrd. Yuan zwischen 1985-1990 belaufen haben. Zu den damit finanzierten Projekten zählen Einrichtungen zur Staubkontrolle in einem Gebiet von 523 km<sup>2</sup> sowie 22 Modellprojekte des Umweltschutzes in vier Städten. Hierzu gehört beispielsweise auch die Stadt Benxi, in der die Kohle- und Stahlproduktion dominiert. Zur Luftverbesserung wurden für 34 Projekte 225 Mio. Yuan in den letzten vier Jahren eingesetzt, die den jährlichen Staubausstoß um 100.000 t und den Kohlestaub um 220.000 t reduzieren sollen. Auch für die Verbesserung der Trinkwasserqualität wurden verschiedene Programme durchgeführt. So mußten eine Reihe von Unternehmen geschlossen werden, die das Trinkwasserreservoir für die Städte Shenyang und Fushun verschmutzt hatten. (XNA, 31.5.93)

Auch die Hauptstadt Beijing will den Umweltschutz stärker betonen. So wurden im April d.J. zehn Maßnahmen beschlossen, die der Luftverbesserung dienen sollen. Neben dem verstärkten Anpflanzen von Bäumen an Straßenrändern und in Wohngebieten, soll schrittweise die Energieversorgung von Kohle auf Gas umgestellt werden. Weiterhin ist die stärkere Kontrolle der Emissionen durch Kraftfahrzeuge geplant und der bessere Schutz der Trinkwasserreservoirs vorgesehen. (XNA, 11.4.93) -schü-